



NR-AUS-  
PETBI.Stellungnahme@parlament.gv.at  
und  
im CC an  
barbara.blumel@parlament.gv.at

Ihr Zeichen	Unser Zeichen	Bearbeiter/in	Tel <b>501 65</b>	Fax <b>501 65</b>	Datum
-	WW-St/AmS/Fü	Markus Marterbauer	DW 12200	DW 142200	02.10.2020

## Stellungnahme zur parlamentarischen Bürgerinitiative 26/BI betreffend "Sicherung der Gemeindeleistungen"

Die Bundesarbeitskammer begrüßt die Initiative zur Stärkung der Gemeindefinanzen.

Die Covid19-Wirtschaftskrise führt zu einem umfassenden Ausfall an Ertragsanteilen und an Kommunalsteuereinnahmen. Das KDZ (Zentrum für Verwaltungsforschung) schätzt den Einnahmenentfall im Jahr 2020 auf knapp 2 Mrd Euro. Diese schwerwiegende Beeinträchtigung der Finanzsituation der Gemeinden droht Leistungskürzungen auf kommunaler Ebene, etwa im Bereich sozialer Dienstleistungen nach sich zu ziehen. Vor allem führt sie aber schon kurzfristig zu einer Halbierung des finanziellen Spielraums für kommunale Investitionen. Bereits nach der Finanzkrise 2008/09 dauerte es 5 Jahre bis die kommunalen Investitionen wieder das Vorkrisenniveau erreichten. Die Finanzierung der Gemeinden muss nachhaltig abgesichert werden, damit wichtige kommunale Investitionen nicht an der fehlenden Kofinanzierungsvoraussetzungen scheitern. Eine Stärkung der kommunalen Investitionen durch den Bund erscheint deshalb sinnvoll, dabei sollten inhaltliche Schwerpunkte auf den Bereich Bekämpfung des Klimawandels und Vorantreiben der Digitalisierung gesetzt werden. Das beschlossene kommunale Investitionsgesetz mit einem Kofinanzierungsvolumen von 1 Mrd Euro reicht nicht aus, da den Gemeinden durch das Konjunkturstärkungsgesetz über 1 Mrd Euro durch Steuersenkungen wieder entzogen werden. Eine Kürzung von kommunalen Dienstleistungen und Investitionen hat schwerwiegende negative Effekte auf die gesamte regionale Wirtschaft und die soziale und wirtschaftliche Lage der BürgerInnen. Soziale Dienstleistungen und öffentliche Dienstleistungen der Daseinsvorsorge (zB öffentlicher Verkehr, Abfallwirtschaft, Wasserversorgung und Abwasserentsorgung etc) haben hohe Beschäftigungseffekte und es besteht langfristig hoher Ausbaubedarf. Dies betrifft insbesondere den Bereich der Pflege, der Kinderbetreuung sowie die Bildung und die Sozialarbeit. Deshalb erscheint eine

finanzielle Unterstützung des Bundes, die den Einnahmenentfall der Gemeinden ausgleicht und den Spielraum für Zukunftsinvestitionen erhält, volkswirtschaftlich sinnvoll.



Renate Anderl  
Präsidentin



Maria Kubitschek  
iV des Direktors